

**Der Kölner Erzbischof Rainer Maria Woelki gilt als Bremsen bei der Aufarbeitung der von Priestern begangenen Sexualverbrechen. Jetzt soll ein Gutachten dazu veröffentlicht werden. Vertuschung könnte darin auch amtierenden Bischöfen vorgeworfen werden, unter ihnen Woelki selbst.**

# Rücktritte wären das Minimum

**Matthias Katsch: Die Kirchen haben bei der Aufarbeitung sexueller Gewalt gegen Kinder versagt**

Kardinal Rainer Maria Woelki hat wenige Tage vor der Veröffentlichung des Gutachtens zu sexueller Gewalt gegen Kinder durch Geistliche im Erzbistum Köln angekündigt, dort benannte Verantwortliche für die Vertuschung von Verbrechen »wenn nötig« vorläufig von ihren Aufgaben zu entbinden und auch sich selbst zur Disposition gestellt. Könnte der Bremsen Woelki damit zum Vorreiter der Aufarbeitung werden?

Wenn er Vorreiter werden wollte, würde er mehr zuhören, bevor er handelt. Es gibt seit Jahren die Forderung nach unabhängiger Aufarbeitung, und er hat stattdessen entschieden, mit anwaltlichen Gutachten zu arbeiten, die er beauftragt. Das erste Gutachten, das vor einem Jahr fertiggestellt war, hat er zurückgehalten und ein neues in Auftrag gegeben. Aber wenn Woelki jetzt tatsächlich Verantwortliche suspendieren und selbst seinen Rücktritt anbieten würde, wäre das tatsächlich etwas Neues. Aber ein Vorreiter wäre er damit natürlich trotzdem nicht.

**Es sollen immerhin öffentlich Namen genannt werden. Was sollte es für die noch lebenden Täter für Konsequenzen geben?** Wenn es so einfach ist, durch simples Aktenstudium innerhalb von nur drei Monaten 200 Täter und 300 Opfer zu ermitteln, dann zeigt das, dass die Kirche die ganze Zeit auf diesen Informationen gesessen und sie einer öffentlichen Aufarbeitung nicht zugänglich gemacht hat. Mich macht die Vorstellung zornig, dass wir als Betroffene elf Jahre nach der Aufdeckung des Missbrauchsskandals den Herrschaften für dieses Vorgehen noch auf die Schulter klopfen sollen. Und ich bezweifle natürlich auch diese Zahlen, weil sie nur das widerspiegeln, was die Institution selbst in ihren Personalakten dokumentiert hat. Wir kennen aber viele Betroffene, die in diesen Akten nicht auftauchen und sich auch nicht an die Kirche gewandt haben. Wirkliche Aufarbeitung würde bei den Opfern beginnen, würde Menschen einladen zu sprechen, sich mitzuteilen und nicht nur nach Aktenlage die Dinge beurteilen.

**Nach Kirchenrecht können Bischöfe nicht entlassen werden, sie können nur freiwillig zurücktreten. Sehen Sie Ansätze im Strafrecht, wie diese, wenn sie Verbrechen Untergebener vertuscht haben, noch zur Verantwortung gezogen werden können?** Leider weist unser Strafrecht an dieser Stelle eine Lücke auf. Es ist nicht strafbar, als Vorgesetzter Missbrauch in einer Institution zu vertuschen. Das ist in anderen Ländern anders, wo es bereits Verfahren gegen Bischöfe gegeben hat, zum Beispiel in Frankreich. Deutsche Staatsanwaltschaften haben es wiederholt abgelehnt, Ermittlungen gegen Verantwortliche aufzunehmen. Deswegen ist es unbedingt notwendig, dass es hier eine Gesetzesreform gibt, auch wenn das für Vergangenes nichts mehr ändert. Angesichts dessen erwarten wir wenigstens, dass Männer wie der Erzbischof von Hamburg, Stefan Heße, früher Personalchef im Bistum Köln, und andere, deren Namen offenbar im Gutachten stehen, ihre Ämter niederlegen.

**Ein Bündnis von Betroffeneninitiativen fordert in einer im Februar gestarteten Onlinepetition den Bundestag zum Ein-**



Nie wieder still sein: Protest gegen Vertuscher in Köln im Februar mit einem Karnevalswagen des Künstlers Jacques Tilly



FOTO: ANDREAS HEIDNER

## Matthias Katsch

Der 58-Jährige ist Geschäftsführer der Vereins Eckiger Tisch, der die Interessen von Menschen vertritt, die als Kinder und Jugendliche von sexueller Gewalt insbesondere in Einrichtungen der Katholischen Kirche betroffen waren. Auch in weiteren Kommissionen und Vereinigungen wie dem Runden Tisch Sexueller Missbrauch der Bundesregierung engagiert er sich ehrenamtlich. Als Jugendlicher am Berliner Canisius-Kolleg selbst sexuell misshandelt, trug er seit 2010 maßgeblich dazu bei, dass sich die Kirchen den unter ihrem Dach begangenen Verbrechen stellen mussten. In einer im Februar gestarteten Petition fordern die Betroffenen die Politik zur Aufgabe ihrer passiven Rolle gegenüber den Kirchen auf. Sie kann online unterzeichnet werden: [compact.org/AMWzz](http://compact.org/AMWzz). Jana Frielinghaus sprach mit ihm über die Forderungen der Opfer an Kirchen und Politik.

**greifen auf. Was erwarten Sie vom Parlament konkret?**

Wir haben gesehen, dass die Kirchen, und das betrifft die Evangelische Kirche genauso, zu einer echten Aufarbeitung nicht in der Lage sind. Deshalb erwarten wir, dass der Bundestag diese Dinge nicht mehr nur als Beobachter begleitet, sondern sich aktiv einbringt. Entweder, indem er eine Wahrheitskommission zur Aufarbeitung der Verbrechen als unabhängiges Gremium außerhalb des Parlaments beruft, oder, indem er selbst eine Enquetekommission einsetzt, die die Aufarbeitung in den Bistümern und Landeskirchen begleitet.

**Die Deutsche Bischofskonferenz hat im vergangenen September beschlossen, dass Opfern auf Antrag sogenannte Ausgleichszahlungen von bis zu 50 000 Euro**

**gewährt werden sollen. Ist das nicht ein deutlicher Fortschritt?**

Ja, es ist ein Fortschritt, dass man von den symbolischen Anerkennungszahlungen der Vergangenheit wegkommt zu Beträgen, die man überhaupt als relevant begreifen kann. Trotzdem sind wir nicht zufrieden damit, dass die Kirche weiterhin von »Anerkennung« spricht und nicht von Entschädigung. Damit vermeidet sie, Schuld einzuräumen. Gäbe es dieses Eingeständnis, wären die Summen deutlich höher. Und natürlich haben die Betroffenen dieses Zugeständnis in zehn Jahren Auseinandersetzung mit der Kirche hart erkämpft. Ohne diesen beharrlichen Druck wären wir immer noch bei symbolischen Beträgen von 1000 bis 5000 Euro. Auch da sehe ich ein Versagen der Politik. Angesichts des großen Machtgefälles zwischen der Institution Kirche und ihren Op-

fern ist sie gefordert, sich klar auf die Seite der Betroffenen zu stellen und ihnen den Rücken zu stärken.

**Sie werden an diesem Donnerstag zusammen mit anderen Aktivisten in Köln sein. Was haben Sie geplant?**

Wir wollen klarmachen, dass die Veröffentlichung des Gutachtens kein Ersatz für echte, unabhängige Aufarbeitung ist. Wir werden auf der Domplatte stehen und unsere Forderungen nach Aufarbeitung und Unterstützung durch die Politik unterstreichen. Und wir wollen zeigen, dass wir als Betroffene uns immer besser vernetzen und uns gegenseitig stärken. Betroffeneneinitiativen aus mehreren Bistümern und solche, die in Ordensgemeinschaften begangene Taten aufarbeiten, haben sich zu einem Aktionsbündnis zusammengeschlossen.

## Wahrheit oder Pflicht?

**Der Kölner Kardinal Rainer Maria Woelki will nun mit großer Verspätung Missbrauchsfälle in seinem Erzbistum öffentlich machen – und Konsequenzen ziehen**

**In seiner Berliner Zeit galt Kardinal Woelki als relativ fortschrittlich. In Köln wird sein Verständnis von Aufarbeitung im Missbrauchsskandal der Katholischen Kirche selbst von Priestern scharf kritisiert.**

THOMAS KLATT

Was ist nur mit diesem Mann passiert? Als Rainer Maria Woelki im Herbst 2014 nach nur drei Jahren Amtszeit als Erzbischof Berlin verließ, waren diejenigen, die mit ihm zusammengearbeitet, voll des Lobes. Er sei ein Bischof ohne jede Berührungsangst, habe gezeigt, dass Kirche für alle da sei. Getreu seinem bischöflich-biblischem Wahlspruch: »Nos sumus testes« – »Wir sind Zeugen«. Heute muss gerade das in den Ohren der Opfer seiner Kirche zynisch klingen. Damals aber hat Woelki überzeugt. Er habe immerhin Lesben und Schwule nicht beleidigt oder herabgesetzt, hieß es in Kirchenkreisen.

Sein evangelischer Amtsbruder lobte die ökumenische Zusammenarbeit, etwa das gemeinsame Engagement in der Hilfe für Geflüchtete. Die Berliner Caritas-Chefin hob hervor, Kardinal Woelki habe viel Wert auf Prävention in den Einrichtungen des katholischen Wohlfahrtsverbandes gelegt, damit sexualisierte Gewalt gegen Kinder nicht mehr passiere. Positiv wurde auch aufge-

nommen, dass er, anders als etwa sein Limburger Amtsbruder Franz-Peter Tebartz-van Elst, nicht im Luxus schwelgte, sondern bescheiden in einer Mietwohnung in Berlin-Wedding hauste. Er wurde so etwas wie der katholische Liebling der Hauptstadtmedien.

Dann aber die Rückkehr nach Köln, wo Woelki 1956 geboren wurde. Seit sieben Jahren ist er nun Erzbischof in seiner Heimatstadt, aber mittlerweile so etwas wie die katholische Hassfigur für ganz Deutschland. Was ist passiert? Hat er in der Hauptstadt allen etwas vorgespielt und war im Grunde immer stockkonservativ und reformunwillig? Zumindest treten jetzt seinetwegen die Gläubigen im Minutentakt aus der römisch-katholischen Kirche aus.

### Goldgrube für Anwaltskanzleien

Woelki gilt mittlerweile als größter Vertuscher und Verhinderer der Aufarbeitung von sexualisierter Gewalt in der eigenen Institution. Im September 2018 kündigte er eine eigene Untersuchung der Fälle im Erzbistum Köln an. Es sollten auch Namen genannt werden, betont er. Er beauftragt die Münchener Kanzlei Westpfahl Spilker Wastl (WSW). Dann im März 2020 der Paukenschlag: Die Pressekonferenz zur Vorstellung des Gutachtens wird kurz vorher abgesagt.

Die Expertise müsse von der Kölner Kanzlei Redeker Sellner Dahs wegen äußerungsrechtlicher Bedenken geprüft werden, heißt es. Das ist diejenige, die jetzt auch das Missbrauchsgutachten für das Erzbistum Berlin erstellt hat. Betroffene monieren, sie würden bei der Erarbeitung solcher Expertisen generell nicht angehört. Die vermeintliche Aufarbeitung werde den wenigen Anwälten überlassen, für die sich die Gutachten zu einem lukrativen Geschäftsfeld entwickelten. Dass das Berliner Gutachten vor allem aus nichtveröffentlichten Seiten besteht, hat übrigens nicht zu einem Aufschrei geführt. Auch die gravierenden Defizite bei der Aufarbeitung in der Evangelischen Kirche werden öffentlich wenig thematisiert. Die Medien scheinen sich allein auf Woelki eingeschossen zu haben.

Das Kölner Erzbistum holt sich zunächst Rat bei der Kölner Kanzlei Höcker. Dann werden noch die Juristen Matthias Jahn und Franz Streng mit der Prüfung des Münchener Gutachtens beauftragt. Im Ergebnis teilte das Erzbistum Ende Oktober mit, das Dokument werde gar nicht mehr veröffentlicht – wegen gravierender »methodischer Mängel«. Die Namensnennungen darin seien nicht rechtssicher, hieß es. Mitglieder des Betroffenenbeirats in Köln ziehen sich unter anderem wegen intransparenter Kommuni-

kation zurück: Sie seien unter Druck gesetzt worden, der Nichtveröffentlichung zuzustimmen. Im Januar 2021 sollen ausgewählte Journalisten dann doch Einblick in das WSW-Gutachten erhalten, aber nur, wenn sie vorher eine Verschwiegenheitserklärung unterzeichnen. Doch der Termin wird abgebrochen. Ein Medienkandal. Dabei sind einzelne Kölner Missbrauchsfälle längst durch Medienberichte bekannt.

### Priester gehen auf Distanz

Nicht nur das Kirchenvolk, auch Priester kritisieren Woelki immer häufiger. Der Diözesanrat, also das höchste Gremium der Laien im Erzbistum, nennt die Kölner Vorgänge »die größte Kirchenkrise, die wir alle je erlebt haben«. Sogar der Zentralrat der Katholiken schaltet sich ein. Kardinal Reinhard Marx, einst Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz, kritisiert ebenfalls die Zurückhaltung des Gutachtens. Der von der Bundesregierung eingesetzte Unabhängige Beauftragte für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs, Johannes-Wilhelm Rörig, vermutet, dass Woelki »mit Blick auf Betroffenenbeteiligung, Transparenz und Unabhängigkeit von Aufarbeitung einen massiven Fehler begangen haben könnte«. Der Kölner Diözesanverband des Bundes der Deut-

schon Katholischen Jugend fordert Woelki ebenso zum Rücktritt auf wie die Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands.

Doch der Kardinal bleibt stoisch. Statt auf Dialog setzt er auf Konfrontation. So wurde nach der Veröffentlichung eines kritischen Positionspapiers die Webseite der Katholischen Hochschulgemeinde Köln gesperrt. Mit einem neuen Gutachten, das diesen Donnerstag veröffentlicht werden soll, wurde schließlich die Kölner Kanzlei Gercke & Wollschläger beauftragt. Woelki kündigte vergangene Woche an, »wenn nötig«, auch Verantwortliche von ihren Aufgaben zu entbinden. Dies hat Brisanz, weil laut Vorab-Medienberichten im Gutachten nicht nur die Namen straffällig gewordener Priester und bereits verstorbener hoher Würdenträger benannt werden, denen Vertuschung vorgeworfen wird. Sondern es dürften auch die von vier amtierenden Bischöfen auftauchen. So steht der Verdacht im Raum, dass der heutige Hamburger Erzbischof und ehemalige Kölner Generalvikar Stefan Heße sowie die Kölner Weihbischöfe Ansgar Puff und Dominikus Schwaderlapp Vorwürfen sexuellen Missbrauchs gegen Priester nicht oder nicht ausreichend nachgingen. Schwaderlapp war von 2004 bis 2012 Generalvikar von Woelkis Vorgänger Joachim Meisner.